

Bericht von der Kreistagssitzung am 19.07.2010:

Themen waren:

- Neuausrichtung der Chancen-Region,
- Gründung der Region Mainfranken-GmbH,
- Sozialwesen/Hartz IV – Entscheidung über die Zukunft der ARGE,
- Feststellung der Jahresrechnungen 2004 – 2006 und Entlastung,
- Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im Bereich Tiefbauamt,
- Abgabe der Trägerschaft für die Berufsfachschule für Altenpflege am BSZ,
- Gründung von Service-Gesellschaften für die Geomed-Betriebs-GmbH und die Kreisalten- und Pflegeheim Werneck Betriebs-GmbH,
- Anträge zum Kernkraftwerk Grafenrheinfeld durch die Fraktion Bündnis 90/Grüne vom 02.07.2010 und der SPD-Fraktion vom 05.07.2010,
- Antrag der Linken auf Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten des Vorschlages der „Initiative Sozialpass Schweinfurt“ auf Einführung eines Schweinfurter Sozialpasses für Bedürftige im Landkreis,

Aus sachlichen Gründen wurde im Kreistag Punkt 1 und 2 zusammen behandelt. Der Kreistag hatte dazu keine Einwände.

Die bestehende Arbeitsgemeinschaft wird durch einen Aufhebungsvertrag des Landkreises mit allen Trägern der AG Chancen-Region Mainfranken zum Ablauf eines dreimonatigen Zeitraumes aufgelöst. Dafür wird die Chancen-Region Mainfranken GmbH gebildet, in die auch der Landkreis beitrifft.

Nach Aussagen vom Landrat ist das Ziel die Anwerbung neuer Kräfte für die Region, denn es ist ein alarmierendes Zeichen, wenn die Bevölkerungszahlen im Landkreis immer weiter zurückgehen.

Dem muss entgegen gewirkt werden.

Den Vorsitz der GmbH hat ein OB oder Landrat.

Ein entsprechender Beschluss dazu erging einstimmig.

Zum Punkt „Entscheidung über die Zukunft der ARGE“ ist der Landrat bestrebt, einen Antrag beim bayrischen Staatsministerium auf Genehmigung als Optionskommune zu stellen.

In der anschließenden regen Diskussion wird durch Kreisrat Hartmut Bräuer (SPD) beantragt, diesen Punkt wegen fehlenden Zahlenmaterials zu verschieben, da das vorhandene Material keine objektive Entscheidung der Kreisräte zulässt.

Dieser Antrag wurde mit 49 : 7 Stimmen angenommen.

Der Beschluss dazu und die Entlastung der Verwaltung erging mit 53 : 1 Stimmen. Kritisiert wurde, dass hier ein so hoher Nachholbedarf aufgekommen ist, wenn auch teilweise aus objektiven Gründen.

Die voraussichtlich anfallenden überplanmäßigen Ausgaben von 110 000,00 € im Bereich Tiefbauamt sind vornehmlich der Beseitigung der Winterschäden geschuldet.

Der Beschluss über die Genehmigung dieser Ausgaben erging einstimmig.

Die Abgabe der Trägerschaft der komm. Alterspflegeschule an private Träger wurde aus dem Grund vorgeschlagen, da komm. Träger vom Staat bei der Förderung solcher Einrichtungen erheblich benachteiligt sind. Private Träger werden weitaus besser gefördert.

Angeboten hat sich dazu die Caritas als übernehmender Betrieb mit folgenden

Rahmenbedingungen:

- Übergang des Personals unter dauerhafter Besitzstandswahrung (Vertrag über den Wechsel der Trägerschaft);
- Betrieb einer Altenpflegeschule im BSZ Alfons Goppel;
- Regelungen über die Nutzungsüberlassung des BSZ,
- Defizitübernahme durch den Landkreis (Vertrag über die Finanzierung der Altenpflegeschule der Caritas);

Für die Schüler erwachsen aus dem Vertrag keine finanziellen Nachteile. Das Personal wird dauerhaft übernommen. Die Schulleitung bleibt wie bisher erhalten.

Die komm. Altenpflegeschule wird somit aufgelöst.

Eine einseitige Vertragskündigung ist für beide Partner nicht möglich.

Durch den Kreistag erfolgte eine einstimmige Annahme des Beschlusses.

Die Bildung von Service-GmbHs wird durch Kämmerer Schraut damit begründet, dass wir wettbewerbsfähig bleiben müssten. Andere hätten solche Schritte schon längst getan. Für die Linke ist das weiter nichts als ein Mittel, über Leiharbeit die Löhne zu drücken. Die neue Service-GmbH sind nicht an Tarife gebunden. Sie treten dann ein, wenn neue Mitarbeiter einzustellen sind.

In der Diskussion waren Vertreter der CSU-Fraktion, der Freien Wähler sowie Einige der SPD-Fraktion für diesen Schritt.

Grüne, Linke und andere Teile der SPD haben diese Maßnahme abgelehnt, da sie zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit gehen und die Wirtschaftlichkeit vor die Belange der Mitarbeiter gestellt wird.

Der Beschlussentwurf wurde im Kreistag mit 46 : 9 Stimmen angenommen.

Zu den vorliegenden Anträgen zum Kernkraftwerk Grafenrheinfeld wird von Seiten des Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion Arnold Antrag auf Nichtbefassung gestellt, weil man als Landkreis sowieso bei solchen Fragen kein Vetorecht gegenüber der Fa E.on habe.

Dieser Antrag wurde mit 41 : 15 Stimmen angenommen und somit die beiden Anträge nicht behandelt.

Bezüglich des Sozialpasses wurde dies als ein Antrag der Linken dargestellt, es war aber ein gemeinsamer Antrag von Linken und Bündnis 90/Grüne.

Dabei wurde durch die Verwaltung herausgearbeitet, dass sich der Antrag bereits erledigt habe, da bereits eine Umsetzungsprüfung vorgenommen worden sei. Im Ergebnis dessen sei die Einführung eines Sozialpasses durch den Landkreis nicht möglich. Weiterhin müsse jede Gemeinde selbst entscheiden, ob sie einen Sozialpass für ihre Einwohner einführen würde. Zum Problem ÖPNV wurde herausgearbeitet, dass dies nicht ginge, da im Landkreis ausschließlich private Anbieter für die Bevölkerung fahren.

Wolfgang Gutgesell (Gruppe der Linken) wies in seinem Diskussionsbeitrag nach, dass allein ein Nichtwollen des Landkreises hier dominiert, ansonsten könne man auch Mittel und Wege für einen Sozialpass finden, da andere Kreise das auch schon lange haben.

Was woanders möglich ist, sollte auch bei uns möglich sein.

Mehr zu diesem Thema finden sie auf www.dielinke-sw.de unter dem Beitrag „Sozialpass für den Landkreis Schweinfurt - Nein Danke?“

Der Beschluss wurde mit 4 : 50 Stimmen abgelehnt. (die 4 Stimmen dafür sind Linke und Grüne).